



### **Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Frau Sandra Manß

Internationale  
Liste der SPD

### **Verwaltung:**

Beigeordneter Thomas Ruschin

Herr Sven Haarhaus

Herr Jens Trimpop

Frau Susanne Jost

Herr Winfried Lütke-Dartmann

Herr Thomas Wamser

Frau Anja Weber

Frau Patricia Stahlschmidt

### **Schriftführung:**

Frau Stephanie Messer

### **Abwesend:**

### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Ingrid Fischer

CDU

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi

SPD

Ratsherr Peter Oettinghaus

Alternative für  
Lüdenscheid

Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl

Bündnis

Herr Alexander Grüßenbeck

90/Die Grünen  
FDP

### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Frau Ingrid Alberts

SPD

Herr Peter Zurek

CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

## **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

## **2. Informationen zum Jahresbericht 2017 der DROBS durch den Geschäftsführer Herrn Tertel**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellen Herr Tertel, Geschäftsführer der DROBS, und Frau Hendess (DROBS Lüdenscheid) die Arbeit der Drogenberatungsstelle und den Jahresbericht 2017 vor.

Nach einigen allgemeinen Informationen, sowie der Erläuterung verschiedener Projekte, die in Lüdenscheid stattfinden, gehen sie näher auf die Herausforderungen ein, denen sich die Organisation zukünftig stellen muss. Zu nennen sind u.a. die neuen Medien und die sogenannten neuen Drogen, die zum Teil legal über das Internet zu erwerben sind.

Im Anschluss an zwei kurze Nachfragen, die direkt geklärt werden können, weist Frau Hendess darauf hin, dass der Jahresbericht mit allen Daten und Fakten auf der Homepage der DROBS unter [www.drobs-mk.de](http://www.drobs-mk.de) zu finden ist.

Die Präsentation ist als Anlage diesem Protokoll beigelegt.

## **3. Arbeitsbericht über die AWO Wohnberatung; Beendigung des Pilotprojektes im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Altstadt Lüdenscheid Vorlage: 245/2018**

---

Herr Lütke-Dartmann fasst zunächst nochmal den Beschlussvorschlag zusammen.

Die Abstimmung soll über die Beendigung des Pilotprojekts im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Altstadt erfolgen. Der Bedarf an Wohnberatung, wie durch das Gutachten von empirica festgestellt wurde, ist durchaus vorhanden. Es ist jedoch zu überlegen, ob der Fokus der Beratung eher gesamt-städtisch zu legen ist. In diesem Zusammenhang sollen nach der hier erfolgten Rückmeldung Gespräche mit der AWO und Fachbereich 4 stattfinden. Ergebnisse können möglicherweise in der ersten Sitzung in 2019 vorgestellt werden.

Frau Meyer weist darauf hin, dass die organisatorischen Probleme, die z.B. mit einem Umbau in barrierefreies Wohnen einhergehen, meist ein viel größeres Problem darstellen, als die finanzielle Seite. Dieser Aspekt sollte in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Nachdem der Vorsitzende die Beschlussvorlage vorgelesen hat, wird der Vorschlag einstimmig angenommen.

#### **4. Beratung des Haushaltes 2019**

---

Herr Ruschin erläutert kurz die vorliegende Änderungsliste.

Nachdem keine Fragen offen sind, erfolgt die Abstimmung, die Änderungsliste dem Rat zu empfehlen. Die Empfehlung wird einstimmig beschlossen.

#### **5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

##### **5.1. Bekanntgaben**

---

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

##### **5.2. Beantwortung von Anfragen**

---

Der Vorsitzende Herr Hellwig teilt mit, dass zunächst noch eine Anfrage aus einer zurückliegenden Sitzung vorliegt und bittet Herrn Lütke-Dartmann um kurze Stellungnahme.

Es handelt sich um die Anfrage von Frau Lazar aus April dieses Jahres, wieviele pflegebedürftige Menschen es in Lüdenscheid gibt und ob genügend Pflegeeinrichtungen vorhanden sind.

Herr Lütke-Dartmann bezieht sich auf den Pflegebericht für 2018 des Märkischen Kreises, der für Lüdenscheid 13 stationäre Einrichtungen aufweist, von denen die Plätze einer Einrichtung für pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen genutzt werden. Die restlichen zwölf Einrichtungen verfügen über insgesamt 988 Pflegeplätze. Die durchschnittliche Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen in Lüdenscheid lag im Jahr 2017 bei 92 Prozent. Kreisweit wurden zum Stichtag 15.12.2017 insgesamt 792 Personen, die ihren vorherigen Wohnort in Lüdenscheid hatten, in einer stationären Einrichtung im Märkischen Kreis versorgt. 698 Personen wurden in den stationären Einrichtungen in Lüdenscheid selbst versorgt.

Da der Pflegebericht 2018 vom Märkischen Kreis auch für Lüdenscheid zusammenfassende Informationen für einzelne Bereiche über die Ist-Situation und Entwicklungen beinhaltet, sowie Bedarfsempfehlungen ausspricht, wird vorgeschlagen, dass möglichst in der ersten Ausschusssitzung im Jahr 2019 die zuständigen Vertreter/innen vom Märkischen Kreis den Pflegebericht 2018 vorstellen und für Rückfragen zur Verfügung stehen.

Einwände bestehen auf Nachfrage nicht, so dass dem Vorschlag in dieser Form Folge geleistet werden soll.

##### **5.3. Anfragen**

---

###### **5.3.1. Schriftliche Anfrage des Ratsmanns Cebir zum Thema "Willkommenslotsen"**

---

Zwei weitere Anfragen sind für die aktuelle Sitzung eingegangen.

**Zunächst geht es um die Anfrage des Ratsherrn Cebir zum Thema „Willkommenslotsen“ und wie dieses Programm nach Ansicht der Stadtverwaltung in Lüdenscheid umgesetzt werden kann.**

Zu diesem Thema nimmt Frau Stahlschmidt kurz Stellung.

Das Programm wird in Lüdenscheid bereits umgesetzt, findet jedoch hauptsächlich, auch personell, in den Kammern (SIHK und Handwerk) mit Sitz in Hagen und Iserlohn statt. Praktisch umgesetzt wird das in der Form, dass die Unternehmen sich an die Kammern wenden, die sich dann auch in begleitender Weise für beide Seiten einbringen.

Weitergehende Fragen zum Thema von Frau Skorupa bezüglich der praktischen Umsetzung und von Herrn Bodenheimer zur Häufigkeit der Inanspruchnahme werden zurückgestellt.

Es wird entschieden, zur nächsten Sitzung einen Vertreter der Kammern einzuladen, um weitere Fragen mit dem direkten Ansprechpartner klären zu können.

### **5.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Ratsfraktion "Integrationszentrum"**

---

Frau Meyer liest die Anfrage vor. Sie bezieht sich auf den aktuellen Sachstand des Integrationszentrums unter Berücksichtigung folgender Fragen, die Frau Stahlschmidt beantwortet.

*Ist die Projektabwicklung im Zeitplan?*

Da es noch keine Rückmeldung der Zentralen Gebäudewirtschaft gibt, kann Frau Stahlschmidt nur oberflächlich auf die Frage eingehen. Eindeutig ist die Projektabwicklung nicht im Zeitplan und verschiebt sich um ca. ein Jahr. Die Bezirksregierung hat jedoch den Bewilligungszeitraum verlängert, so dass die Verzögerung in Bezug auf die Förderung unschädlich bleibt.

Allerdings entstehen durch die baulichen Missstände gewisse Einschränkungen der Handlungsfreiheit.

*Sind die Mittel planmäßig geflossen?*

s.o.

*Wie stellt sich die Vermietungssituation dar?*

Auch hier bestehen Einschränkungen; die Akquise wird nach Fertigstellung der Räumlichkeiten jedoch verstärkt. Zur Zeit gibt es einen Elternsprachkurs der AWO samt Kinderbetreuung, seit September sind Räume an die griechische Schule vermietet und der tamilische Kulturverein nutzt ebenfalls Räumlichkeiten. Des Weiteren erfolgten diverse Anmietungen für Seminarveranstaltungen des Märkischen Kreises und eventuell wird das BAMF in Zukunft Räume zur Durchführung von Einstufungstests für Integrationskurse anmieten. Auch werden die Räume von Ehrenamtliche genutzt. Des Weiteren weist Frau Stahlschmidt darauf hin, dass es hier nicht um eine tatsächliche Miete, sondern um eine Art Nutzungsentschädigung handelt.

*Sind weitere Investitionen, z.B. zur Herstellung von Barrierefreiheit geplant?*

Hier verweist Frau Stahlschmidt auf die Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW).

*Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Integrationszentrum des Märki-schen Kreises aus?*

Frau Stahlschmidt erläutert anhand einiger Beispiele, dass es eine enge und häufige Zusammenarbeit mit dem Integrationszentrum des Kreises gibt und auch weiterhin geben wird.

Nach der abschließenden Beantwortung der Fragen, macht Ratsfrau Meyer den Vorschlag, eine Ausschusssitzung im Integrationszentrum abzuhalten. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung und wird gegen Mitte des nächsten Jahres in die Tat umgesetzt.

Frau Tschöke fragt nach, welche Projekte in Zukunft geplant sind.

Hierauf geht Frau Stahlschmidt kurz ein. Die ausführliche Beantwortung soll jedoch im Rahmen der im Integrationszentrum geplanten Ausschusssitzung erfolgen.

Abschließend erläutert Herr Ruschin kurz die verwaltungsrechtlichen Gründe für die Verzögerung der Fertigstellung der baulichen Maßnahmen.

Ratsherr Bodenheimer merkt an, dass langsam der Eindruck entsteht, dass das Integrationszentrum nicht so ausgelastet ist, wie es ausgelastet sein könnte und die ZGW und verschiedene andere Zuständigkeiten nicht in dem Maße zusammenarbeiten, wie es möglich sein könnte. Der Vorsitzende sichert zu, auch dies an die ZGW weiter zu leiten.

**Hinweis:**

**Zum Zeitpunkt der Niederschrift-Erstellung lag noch keine Stellungnahme der ZGW vor.**

gez. Hellwig  
Vorsitzender

gez. Messer  
Schriftführerin